

Überregionaler Pressespiegel 26.02.2012 – 06.03.2012

Freie Presse | 02.03.2012

Zweiter mutmaßlicher Blockierer in Dresden freigesprochen

Beschuldigter hätte zufällig vor Ort gewesen sein können

Dresden (dapd-lsc). Mit einem Freispruch ist in Dresden ein Prozess gegen einen 25 Jahre alten Berliner zu Ende gegangen. Der Mann musste sich am Amtsgericht wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verantworten. Laut Anklage hatte er am 19. Februar 2011 in Dresden an der Blockade eines Nazi-Aufmarschs teilgenommen. Der Richter erklärte jedoch, es sei nicht ausgeschlossen, dass der Beschuldigte zufällig vor Ort von der Polizei entdeckt wurde.

Die Staatsanwaltschaft hatte eine Verurteilung zu einer Geldstrafe beantragt und darauf hingewiesen, dass der Angeklagte einschlägig vorbestraft sei. Sie legte nach eigenen Angaben Berufung ein.

Ein gutes Jahr nach den Anti-Nazi-Protesten vom 19. Februar 2011 ist am Amtsgericht Dresden damit der dritte Prozess gegen mutmaßliche Blockierer vorläufig abgeschlossen. Einer der zwei weiteren Angeklagten wurde ebenfalls freigesprochen, der andere zu einer Geldstrafe von 300 Euro verurteilt. Keine der Entscheidungen ist bislang rechtskräftig.
dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Zweiter-mutmaszlicher-Blockierer-in-Dresden-freigesprochen-artikel7921492.php>

Neues Deutschland | 02.03.2012 | Hendrik Lasch

»Wir sind noch nicht durch«

Kein Jubel nach gescheitertem Naziaufmarsch in Dresden

Die Nazis sind mit ihrem Februar-Aufmarsch in Dresden 2012 an starkem Widerstand gescheitert. Dass Blockaden auch 2013 Erfolg haben werden, ist aber keinesfalls gewiss.

Das Zeugnis könnte besser nicht ausfallen: Bei den Protesten gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden hat die Polizei »angemessen, vernünftig und mit Augenmaß« agiert. Das sagt nicht Sachsens Innenminister, sondern Rico Gebhardt, innenpolitischer Sprecher der LINKEN. Ein Jahr zuvor verfolgten die Sicherheitsbehörden in der Stadt ein Einsatzkonzept, das er »katastrophal« nennt: Nazis und Gegendemonstranten sollten strikt getrennt werden, was scheiterte - und zu Chaos führte. In diesem Jahr wurde Protest in Sichtweite erlaubt und bei Blockaden nicht eskaliert. Folge: Die Nazis nur einmal um den Block laufen. Nicht nur beim Blockadebündnis »Dresden nazifrei« sorgte das für Euphorie: Man habe den einst größten Naziaufmarsch in Europa »geknackt« hieß es. Auch in der Landespolitik gab es Genugtuung: friedliche Proteste seien möglich, hieß es allenthalben - mit unterschiedlichem Akzent. Die einen betonten, es habe, anders als 2011, keine Randalen gegeben, andere stellten heraus, dass diesmal ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit nicht beschnitten wurde. Nach dem Erfolg stellt sich freilich nun die Frage, welche Faktoren ihn ermöglichten und ob er 2013 zu wiederholen ist. Dabei wird vor verfrühtem Jubel gewarnt. Das neue Polizeikonzept, sagte Fritz Burschel von der Rosa-Luxemburg-Stiftung bei einer Anhörung der Linksfraktion, habe seine Gründe nicht

in neuer »Vernunft im Polizeiapparat«, sondern in »Image-Erwägungen«. Sachsen habe 2011 viel Prügel für die Funkzellenabfrage einstecken müssen, zudem operierte die Terrorzelle NSU jahrelang unentdeckt von hier. Deshalb, glaubt Burschel, »haben sie uns diesmal durchmarschieren lassen«. Für Rico Gebhardt steht aber fest: »Wir sind noch nicht durch.« Der Protest ruht weiterhin auf Unterstützung von außen. Ein Beleg ist die geringe an einer Kundgebung der »AG 13. Februar«, mit der eigentlich dem bürgerlichen Dresden die Gelegenheit zu Protest in Sicht- und Hörweite sowie einem Zeichen gegen Nazis gegeben werden sollte. Es kamen 2500 Menschen - in einer Stadt, die eine halbe Million Einwohner hat. »Einen wirklichen Erfolg«, sagte Gebhardt, »haben wir erst, wenn mehr Dresdner merken, dass sie den Protest selbst in die Hand nehmen müssen.« Von dem Punkt, sagen Beobachter, sei man weit. Zuversichtlich stimmen für 2013 immerhin die Effekte, die der Erfolg 2012 auf die Naziszene hatte. Dort gab es großen Frust. Viele kündigten an, Dresden künftig fernzubleiben. Dort, sagt der Rechtsextremismus-Experte Volkmar Wölk, »scheinen wir tatsächlich etwas geknackt zu haben.« Allerdings hat das Folgen: Der Naziaufmarsch in Magdeburg erfuhr stark wachsenden Zuspruch. Wenn es in Dresden einen Aufmarsch mit 10 000 Nazis weniger gebe und dafür in zehn Städten je einen mit 1000 Teilnehmern mehr - was, gibt Wölk zu bedenken, »haben wir dann als Antifaschisten gewonnen?!«

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/220103.wir-sind-noch-nicht-durch.html>

TAZ | 05.03.2012 | Martin Kaul

Linkspartei wurde zwei Tage bespitzelt

Während der Anti-Nazi-Demos in Dresden wurden nicht nur die Handydaten von Demonstranten erfasst. Auch Büros der Linkspartei wurden überwacht.

BERLIN taz | Auch ein Jahr nach der heftig kritisierten Erhebung von Handydaten bei Demonstrationen in Dresden scheint das Ausmaß der Überwachung noch immer nicht umfänglich bekannt zu sein: Wie die sächsische Linksfraktion nun mitteilt, hat es im Februar 2011 neben den bislang bekannten Überwachungsmaßnahmen von Demonstranten auch eine Datenauswertung der besonderen Art gegeben.

Demnach ließ die Dresdner Staatsanwaltschaft sämtliche Verbindungsdaten von Handys erfassen, die in einem Zeitraum von 48 Stunden in dem Haus geführt worden seien, in dem die sächsische Linkspartei ihre Büros hat. In dem Haus hatte am 19. Februar 2011 auch die Pressegruppe von „Dresden Nazifrei“ ihren Sitz, die zu Anti-Nazi-Protesten in der Stadt aufgerufen hatte.

Für Aufsehen sorgte die Dresdner Datenaffäre im Juni 2011. Damals hatte die taz berichtet, dass sächsische Behörden bei massenhaften Funkzellenauswertungen im Umfeld der Demonstrationen gegen den Nazi-Trauermarsch über eine Million Handydaten erfasst hatten. Neben zehntausenden Anwohnern und Demonstranten waren auch Politiker, Rechtsanwälte und Journalisten von den Maßnahmen betroffen. Das Ausmaß der Ermittlungen gegen Demonstranten in Dresden empörte Datenschutzbeauftragte und Bürgerrechtler und hatte die Versetzung des Polizeipräsidenten zur Folge.

In dem nun bekannt gewordenen Fall ordneten die Behörden die Überwachung des Hauses wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung an. Hierbei müssen die Behörden auch in Kauf genommen haben, dass Handyverbindungsdaten von Bundes- und Landtagsabgeordneten erfasst werden, die in dem Haus ihre Büros haben.

Ein Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft bestätigte gegenüber der taz am Montag

die Maßnahme. Dabei handele es sich jedoch „um nichts Neues“. Die Maßnahme sei Bestandteil der verschiedenen Auswertungen gewesen, über die seit dem letzten Jahr diskutiert werde. Die hierbei erhobenen Daten seien Teil der Menge von rund einer Million genannter Daten.

Der Anwalt der betroffenen Politiker, André Schollbach, kontert dagegen: „Dass die Staatsanwaltschaft massiv Handydaten ausgeforscht hat, war in der Tat bekannt. Dass sie aber zwei Tage rund um die Uhr die Telefone von Oppositionspolitikern überwacht hat, ist sehr wohl ein neuer Fakt – und grob rechtswidrig.“

<http://www.taz.de/Neuer-Handydaten-Skandal-in-Sachsen!/189006/>

ähnliche Artikel:

02.03.2012 Freie Presse

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Handydatenerfassung-in-Dresden-umfassender-als-bisher-bekannt-artikel7921374.php>

02.03.2012 Mitteldeutsche Zeitung Naumburger Tageblatt

<http://www.naumburger-tageblatt.de/ntb/ContentServer?pagename=ntb/page&atype=ksArtikel&aid=1330690065315&openMenu=1013016724320&calledPagelId=1013016724320&listid=1018881578370>

03.03.2012 Neues Deutschland

www.neues-deutschland.de/artikel/220162.dresden-noch-mehr-handydaten-erfasst.html

Süddeutsche Zeitung

<http://www.sueddeutsche.de/j5W38t/497464/Handy-Skandal-in-Sachsen.html>
